S 34 R 1834/13

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung -

Kategorie Urteil Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Sozialversicherungspflicht bzw -freiheit -

Geschäftsführer einer GmbH ohne

Beteiligung am Stammkapital der GmbH – Beteiligung des GmbH-Geschäftsführers

am Stammkapital einer über eine Kapitalbeteiligung an der GmbH

verfügenden Gesellschaft - Rechtsmacht

abhängige Beschäftigung -

selbstständige Tätigkeit – Abgrenzung Ist der Geschäftsführer einer GmbH nicht an deren Stammkapital beteiligt, aber am

Stammkapital einer anderen Gesellschaft

(Muttergesellschaft), die eine

Kapitalbeteiligung an der GmbH hält,

kann ihm eine seine abhängige Beschäftigung ausschließende

Rechtsmacht zukommen, wenn er kraft dieser Beteiligung – gegebenenfalls im Wege einer umfassenden Sperrminorität –

maßgeblichen Einfluss auf die

Gesellschafterbeschlüsse der GmbH

ausüben kann.

Normenkette SGB III § 25 Abs 1 S 1; SGB IV § 7 Abs 1;

SGB VI § 1 S 1 Nr 1; GmbHG § 6 Abs 3; GmbHG § 37 Abs 1; GmbHG § 38 Abs 1; GmbHG § 46 Nr 5; GmbHG § 46 Nr 6; GmbHG § 47 Abs 4; HGB § 164 S 1

1. Instanz

Leitsätze

Aktenzeichen S 34 R 1834/13 Datum 17.06.2016

2. Instanz

Aktenzeichen L 8 R 725/16 Datum 20.06.2018

3. Instanz

Datum 08.07.2020

Â

Auf die Revision der Kl\(\tilde{A}\)\magerin werden die Urteile des Landessozialgerichts Nordrhein\(\tilde{a}\)\magerin Westfalen vom 20. Juni 2018 und des Sozialgerichts Dortmund vom 17. Juni 2016 aufgehoben sowie der Bescheid der Beklagten vom 23. April 2013 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 15. Oktober 2013 abge\(\tilde{A}\)\mathref{m}\ndert.

Es wird festgestellt, dass der Beigeladene zu 1. in seiner TĤtigkeit als GeschĤftsfĽhrer der T. GmbH in der Zeit vom 1. Juli 2011 bis zum 30. Juni 2012 nicht der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung und nach dem Recht der ArbeitsfĶrderung unterlag.

Die Beklagte trĤgt die Kosten des Rechtsstreits in allen Rechtszügen mit Ausnahme der Kosten der Beigeladenen.

Der Streitwert wird für das Revisionsverfahren auf 5000 Euro festgesetzt.

Gründe:

I

1

Die Beteiligten streiten darüber, ob der Beigeladene zu 1. (im Folgenden: Beigeladener) in seiner Tätigkeit als Geschäftsführer der T. GmbH in der Zeit vom 1.7.2011 bis zum 30.6.2012 aufgrund Beschäftigung der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) und nach dem Recht der Arbeitsförderung unterlag.

2

Die klagende GmbH ist die Rechtsnachfolgerin der T. GmbH (im Folgenden einheitlich als KlĤgerin bezeichnet), deren einzelvertretungsberechtigte und von den BeschrĤnkungen des § 181 BGB befreite GeschĤftsfļhrer im streitigen Zeitraum der Beigeladene und zwei weitere Personen waren. Nach dem Gesellschaftsvertrag der KlĤgerin vom 19.11.2010 (GVâ∏GmbH) bedurften die GeschĤftsfļhrer fļr alle GeschĤfte, die ļber den gewĶhnlichen Betrieb des Unternehmens der Gesellschaft hinausgingen und nicht abschlieÄ∏end aufgezĤhlt waren, der ausdrļcklichen vorhergehenden Einwilligung der Gesellschafterversammlung (Nr 5.3 GV-GmbH). Diese fasste ihre Beschlľsse grundsĤtzlich mit einfacher Mehrheit; bestimmte MaÄ∏nahmen konnten nur einstimmig beschlossen werden (Nr 7.5 GVâ∏∏GmbH).

Alleinige Gesellschafterin der KlĤgerin war die C. I. Holding GmbH & Co KG (im Folgenden: H GmbH & Co KG). Deren Kommanditisten waren zu je 1/3 die GeschĤftsfļhrer der KlĤgerin. Nach dem Gesellschaftsvertrag dieser GmbH & Co KG (GVâ∏KG) bedurften Gesellschafterbeschlüsse grundsÃxtzlich der einfachen Mehrheit; bestimmte, ausdrücklich genannte Beschlüsse, ua über die Stimmabgabe in Beteiligungsgesellschaften, waren einstimmig zu fassen (Nr 9.6 GV-KG). Zur GeschĤftsführung der H GmbH & Co KG war allein ihre Komplementärâ∏GmbH, die C. I. Verwaltungsâ∏GmbH (im Folgenden: V GmbH), vertreten durch ihre GeschAxftsfA¼hrer, wiederum die GeschAxftsfA¼hrer der Klägerin, berechtigt und verpflichtet (Nr 6.1 GVâ∏KG). Für diese Geschäftsführung stand nach dem Gesellschaftsvertrag der V GmbH (GVâ∏∏V GmbH) ihren Gesellschaftern kein Weisungsrecht zu, sondern waren ausschlie̸lich die Bestimmungen des GVâ∏KG maÃ∏gebend (Nr 6.2 GVâ∏∏V GmbH). Gesellschafter der Komplementärâ∏GmbH mit Anteilen von je 1/3 am Stammkapital waren ebenfalls der Beigeladene sowie die beiden weiteren GeschĤftsfļhrer der KlĤgerin. Ihre Beschlļsse waren grundsĤtzlich mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu fassen (Nr 8.5 Satz 1 GVâ∏∏V GmbH).

4

Die Klägerin und der Beigeladene schlossen am 30.6.2011 einen Geschäftsführervertrag (GFâ∏V). Danach erhielt der Beigeladene ein monatliches Gehalt in Höhe von 4200 Euro brutto sowie ein 13. Monatsgehalt. AuÃ∏erdem hatte er Anspruch auf Spesen, Aufwendungsersatz und Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall für die Dauer von sechs Wochen sowie Urlaub von 30 Arbeitstagen im Geschäftsjahr.

5

Auf den Statusfeststellungsantrag des Beigeladenen stellte die Beklagte fest, dass er seine TÃxtigkeit als GeschÃxftsführer der KlÃxgerin vom 1.7.2011 bis zum 30.6.2012 im Rahmen eines abhĤngigen BeschĤftigungsverhĤltnisses ausgeübt und Versicherungspflicht in der GRV sowie nach dem Recht der Arbeitsfå¶rderung bestanden habe (Bescheid vom 23.4.2013 in der Fassung des Widerspruchsbescheids vom 15.10.2013). Klage und Berufung sind ohne Erfolg geblieben (Urteil des SG Dortmund vom 17.6.2016; Urteil des LSG Nordrheinâ∏ Westfalen vom 20.6.2018). Zur Begrü ndung hat das LSG ausgeführt, bei dem Beigeladenen scheide eine selbstständige Tätigkeit bereits deshalb aus, weil er FremdgeschĤftsführer der Klägerin gewesen sei. Zudem habe er an der H GmbH & Co KG und deren Komplementärâ∏∏GmbH nur über eine Minderheitsbeteiligung von jeweils 1/3 verfügt. Die ihm eingeräumte Sperrminorität schlieÃ□e die abhängige Beschäftigung wegen zahlreicher Bindungen und EinschrĤnkungen bei Ausübung der Geschäftsführung, ua durch die Aufteilung der TĤtigkeitsbereiche der GeschĤftsfļhrer und diverse Zustimmungserfordernisse, nicht aus. Bei BeschlÄ1/4ssen der Gesellschafter Ä1/4ber

Weisungen an ihn oder Ã⅓ber seine Abberufung habe er einem Stimmverbot unterlegen. Auch weise der GFâ∏V maÃ∏gebliche Gesichtspunkte einer abhängigen Beschäftigung auf.

6

Mit ihrer Revision rýgt die Klägerin eine Verletzung des § 7 Abs 1 SGB IV. Der Beigeladene sei als ihr mittelbarer Gesellschafter zugleich deren Mitinhaber und kein Fremdgeschäftsführer gewesen. MaÃ☐gebend seien die Beteiligungsverhältnisse in der H GmbH & Co KG. Für deren BeschlÃ⅓sse als Alleingesellschafterin der Klägerin habe er sowohl nach dem GVâ☐KG als auch dem GV-GmbH eine Sperrminorität gehabt. Er habe verhindern können, dass er als Geschäftsführer der Komplementärâ☐GmbH oder der Klägerin abberufen werde. Ein Stimmverbot wäre insoweit nur bei einer Abberufung aus wichtigem Grund in Betracht gekommen, was aber bei jeder Sperrminorität der Fall sei. Die Ressortaufteilung zwischen den Geschäftsführern habe ihn nicht an rechtswirksamen MaÃ☐nahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Geschäftsführers gehindert.

7

Die KlAzgerin beantragt,

die Urteile des Landessozialgerichts Nordrheinâ∏Westfalen vom 20. Juni 2018 und des Sozialgerichts Dortmund vom 17. Juni 2016 aufzuheben, den Bescheid der Beklagten vom 23. April 2013 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 15. Oktober 2013 abzuändern und festzustellen, dass der Beigeladene zu 1. in seiner Tätigkeit als GeschäftsfÃ⅓hrer der T GmbH in der Zeit vom 1. Juli 2011 bis zum 30. Juni 2012 nicht der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung und nach dem Recht der Arbeitsförderung unterlag.

8

Die Beklagte beantragt, die Revision der KlĤgerin zurĽckzuweisen.

9

Sie h \tilde{A} x It die angefochtene Entscheidung f \tilde{A} 1 4 r zutreffend.

10

Die Beigeladenen stellen keinen Antrag.

 \parallel

11

Die zulÄxssige Revision der KlÄxgerin ist begrļndet (<u>ŧ 170 Abs 2 Satz 1 SGG</u>).

Das LSG hat zu Unrecht ihre Berufung gegen das die Klage abweisende Urteil des SG zurückgewiesen. Der angefochtene Bescheid der Beklagten vom 23.4.2013 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 15.10.2013 ist rechtswidrig und verletzt die Klägerin in ihren Rechten. Der Beigeladene unterlag in seiner Tätigkeit als Geschäftsführer der Klägerin im streitigen Zeitraum vom 1.7.2011 bis zum 30.6.2012 nicht der Versicherungspflicht in der GRV und nach dem Recht der Arbeitsförderung. Dies ergibt sich noch nicht allein aus den fþr die Statusbeurteilung von Geschäftsfþhrern einer GmbH bisher angelegten MaÃ□stäben (dazu 1.). Die eine abhängige Beschäftigung ausschlieÃ□ende ausreichende Rechtsmacht in der GmbH ergab sich hier aber ausnahmsweise aus seiner Stellung als Kommanditist der H GmbH & Co KG (dazu 2.). Dem stehen weder ein Stimmverbot nach § 47 Abs 4 GmbHG (dazu 3.) noch die interne Ressortaufteilung unter den Geschäftsfþhrern der Klägerin oder die im GVâ□□GmbH geregelten Zustimmungserfordernisse fþr bestimmte Handlungen des Beigeladenen (dazu 4.) entgegen.

12

1. Der Versicherungspflicht in der GRV und nach dem Recht der ArbeitsfĶrderung unterlagen im streitigen Zeitraum Personen, die gegen Arbeitsentgelt beschä¤ftigt waren (§ 1 Satz 1 Nr 1 SGB VI in der Fassung (idF) des Gesetzes zur Förderung ganzjähriger Beschäftigung vom 24.4.2006, BGBI I 926; § 25 Abs 1 Satz 1 SGB III). Beschäftigung ist gemäÃ∏ <u>§ 7 Abs 1 Satz 1 SGB IV</u> (idF der Bekanntmachung vom 12.11.2009, BGBI I 3710) die nichtselbststĤndige Arbeit, insbesondere in einem ArbeitsverhĤltnis (Satz 1). Anhaltspunkte für eine Beschäftigung sind eine TÄxtigkeit nach Weisungen und eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers (Satz 2). Nach der stĤndigen Rechtsprechung des BSG setzt eine BeschĤftigung voraus, dass der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber persĶnlich abhängig ist. Die abhängige Beschäftigung steht als rechtlicher Typus der selbststĤndigen TĤtigkeit gegenļber, die vornehmlich durch das eigene Unternehmerrisiko, das Vorhandensein einer eigenen BetriebsstÄxtte, die Verfügungsmöglichkeit über die eigene Arbeitskraft und die im Wesentlichen frei gestaltete TÄxtigkeit und Arbeitszeit gekennzeichnet ist. Diese fļr die vom 4.6.2019 $\hat{a} \sqcap B = 12 R = 11/18 R \hat{a} \sqcap BSGE = 128, 191 = SozR = 4 \hat{a} \sqcap D = 2400 \hat{A} = 7 Nr = 42,$ RdNr 14 f (Honorararzt)) gelten grundsÃxtzlich auch für GeschÃxftsführer einer GmbH. Ob ein BeschĤftigungsverhĤltnis vorliegt, richtet sich bei dem GeschĤftsfļhrer einer GmbH aber in erster Linie danach, ob er nach der ihm zukommenden, sich aus dem Gesellschaftsvertrag ergebenden Rechtsmacht ihm nicht genehme Weisungen verhindern oder Beschlļsse beeinflussen kann, die sein Anstellungsverhältnis betreffen (vgl BSG Urteil vom 19.9.2019 â∏ B 12 R 25/18 R â∏ BSGE 129, 95 = SozR 4â∏ 2400 § 7 Nr 43, RdNr 14 f mwN; BSG Urteil vom 14.3.2018 â∏ B 12 KR 13/17 R â∏ BSGE 125, 183 = SozR 4â∏ 2400 § 7 Nr 35, RdNr 18 ff).

13

Der GeschĤftsfļhrer einer GmbH kann seine TĤtigkeit nach stĤndiger

Rechtsprechung allerdings nur dann selbststĤndig ausüben, wenn er am Gesellschaftskapital beteiligt ist (sog Gesellschafterâ∏Geschäftsführer), wĤhrend bei einem FremdgeschĤftsführer eine selbstständige Tätigkeit grundsÄxtzlich ausscheidet (zur Ausnahme vgl 3.). GeschÄxftsfļhrer einer GmbH unterliegen nach § 6 Abs 3 (hier idF des Gesetzes zur Ã∏nderung des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschrÄxnkter Haftung und anderer handelsrechtlicher Vorschriften vom 4.7.1980 (BGBI I 836)), § 37 Abs 1, § 38 Abs 1 sowie § 46 Nr 5 und 6 GmbHG grundsÃxtzlich zu jeder GeschĤftsfļhrungsangelegenheit der nur durch entsprechende Satzungsregelungen einschrĤnkbaren Weisungsbefugnis der Gesellschafterversammlung der GmbH (vgl zum Weisungsrecht BGH Urteil vom 18.3.2019 â∏∏ AnwZ (Brfg) 22/17 â∏∏ juris RdNr 18 f; Altmeppen in Roth/Altmeppen, GmbHG, 9. Aufl 2019, § 37 RdNr 3, 14; Kleindiek in Lutter/Hommelhoff, GmbHG, 20. Aufl 2020, \hat{A} 37 RdNr 1; Stephan/Tieves in M \hat{A} 4Ko GmbHG, 3. Aufl 2019, \hat{A} 37 RdNr 107). Selbst ein Gesellschafter-Geschäuftsfä-4hrer ist aber nicht per se kraft seiner Kapitalbeteiligung selbststĤndig tĤtig, sondern muss, um nicht als abhängig beschäftigt angesehen zu werden, über seine Gesellschafterstellung hinaus die Rechtsmacht besitzen, durch Einflussnahme auf die Gesellschafterversammlung die Geschicke der Gesellschaft bestimmen zu kA¶nnen. Eine solche Rechtsmacht ist bei einem Gesellschafter gegeben, der mindestens 50 vH der Anteile am Stammkapital hÃxlt oder bei einer geringeren Kapitalbeteiligung nach dem Gesellschaftsvertrag über eine umfassende (â∏echteâ∏ oder â∏qualifizierteâ∏∏), die gesamte Unternehmenstätigkeit erfassende Sperrminorität verfügt (vgl zuletzt BSG Urteil vom 14.3.2018 â∏ B 12 KR 13/17 19.9.2019 â_{□□} <u>B 12 R 25/18 R</u> â_{□□} <u>BSGE 129, 95</u> = SozR 4â_{□□}2400 § 7 Nr 43, RdNr 14; jeweils mwN).

14

Der Beigeladene war am Stammkapital der Klägerin aber nicht beteiligt und daher nicht selbst deren Gesellschafter. Alleinige Gesellschafterin war die H GmbH & Co KG, deren Weisungsrecht der Beigeladene als geschäftsfýhrendes Organ der Klägerin unterlag. Einzelweisungen an ihn durch Gesellschafterbeschluss waren durch den GVâ∏GmbH nicht untersagt (vgl hierzu BGH Urteil vom 18.3.2019 â∏ AnwZ (Brfg) 22/17 â∏ juris RdNr 18). Eine umfassende Sperrminorität war ihm im GVâ∏GmbH nicht eingeräumt.

15

2. Der Beigeladene verfügte dennoch über einen die abhängige Beschäftigung ausschlieÃ□enden beherrschenden Einfluss auf die klagende GmbH. Die hierfür erforderliche Rechtsmacht wurde ihm durch seine Kommanditbeteiligung an der H GmbH & Co KG vermittelt. Auch die Beteiligung des GmbHâ□□Geschäftsführers an einer anderen Gesellschaft, die ihn in die Lage versetzt, die Geschicke der GmbH maÃ□geblich zu bestimmen, ist ausnahmsweise zu berücksichtigen.

Der erkennende Senat hat mit mehreren Urteilen vom 8.7.2020 (B 12 R 1/19 R, B 12 R 2/19 R und B 12 R 4/19 R, jeweils zur VerĶffentlichung in SozR vorgesehen, sowie B 12 R 6/19 R) seine Rechtsprechung zur Statusbeurteilung von Geschäftsführern einer GmbH fortentwickelt. Ã∏ber eine die abhängige Beschäftigung ausschlieÃ∏ende Rechtsmacht verfügen danach nicht nur Gesellschafter mit einer Kapitalbeteiligung von zumindest 50 vH oder â∏ bei geringerer Kapitalbeteiligung â∏ einer umfassenden Sperrminorität. Sie kann auch daraus resultieren, dass der (Fremdâ∏∏)Geschäftsführer (auch einer GmbH & Co KG) kraft seiner Stellung als Gesellschafter einer anderen Gesellschaft in der Lage ist, Einfluss auf den Inhalt von Gesellschafterbeschlļssen der von ihm geführten Gesellschaft zu nehmen. Damit ist nicht allein auf das RechtsverhA¤ltnis zwischen (Fremdâ∏)GeschA¤ftsfA¼hrer und der von ihm geführten GmbH (& Co KG) abzustellen, sondern auch dessen Rechtsstellung innerhalb einer anderen Gesellschaft zu berļcksichtigen, die wiederum in Rechtsbeziehungen zu der Gesellschaft steht, deren (Fremdâ∏∏)Geschäftsführung Gegenstand der Statusbeurteilung ist. Denn ein GeschĤftsfļhrer ist nach bisheriger Rechtsprechung selbststĤndig tĤtig, weil er die Rechtsmacht hat, auf Beschlļsse der von ihm gefļhrten Gesellschaft Einfluss zu nehmen. Dabei kann es keine Rolle spielen, ob er diese Rechtsmacht allein aus seiner Gesellschafterstellung in der von ihm gefA½hrten Gesellschaft oder aus seiner Beteiligung an einer anderen Gesellschaft ableitet. Fýr die sozialversicherungsrechtliche Statusbeurteilung ist aber auch eine solche von dieser Beteiligung abgeleitete Rechtsmacht nur beachtlich, wenn sie ihrerseits im Gesellschaftsrecht wurzelt, also durch Gesellschaftsvertrag eindeutig geregelt ist und unmittelbar auf das zu beurteilende Rechtsverhäxltnis durchschläxgt. Entscheidend bleibt, dass der Geschägftsfä-4hrer selbst und unmittelbar eine ausschlaggebende EinflussnahmemĶglichkeit auf Gesellschafterbeschlļsse der von ihm gefļhrten Gesellschaft hat oder zumindest ihm nicht genehme Weisungen der Gesellschafterversammlung verhindern kann. Denn ein GeschĤftsfļhrer übt seine Tätigkeit nur dann selbstständig aus, wenn er zugleich kraft seiner Gesellschaftsanteile (und sei es über eine ihm eingeräumte umfassende SperrminoritÃxt) über die Rechtsmacht verfüqt, hinreichenden Einfluss auf die BeschlA¼sse der Gesellschaft auszuA¼ben, fA¼r die er die GeschĤftsfļhrung ļbernommen hat. Eine solche Rechtsmacht in der GmbH war dem Beigeladenen als Kommanditist der H GmbH & Co KG zwar nicht schon wegen eines Weisungsrechts gegenļber der V GmbH (dazu a), aber aufgrund des Einstimmigkeitserfordernisses bei deren Stimmgabe in der klagenden GmbH (dazu b) eingeräumt.

17

a) Kommanditisten sind nach <u>§ 164 Satz 1 HGB</u> von der Führung der Geschäfte einer GmbH & Co KG ausgeschlossen und können einer Handlung der persönlich haftenden Gesellschafter nicht widersprechen, es sei denn, dass die Handlung über den gewöhnlichen Betrieb des Handelsgewerbes der Gesellschaft hinausgeht. Lediglich solche auÃ□ergewöhnlichen Handlungen bedürfen ihrer

Zustimmung. Die Verwaltung bestehender Beteiligungen an anderen Gesellschaften einschlie̸lich der Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung einer Tochtergesellschaft gehört regelmäÃ∏ig zu den MaÃ∏nahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der geschäftsführenden Komplementärâ∏∏GmbH (Hoffmann/Bartlitz in Heymann, HGB, 3. Aufl 2020, § 116 RdNr 7; Jickeli in MüKo HGB, 4. Aufl 2016, § 116 RdNr 21). Ohne abweichendes Satzungsrecht steht den Kommanditisten einer GmbH & Co KG damit â∏ anders als den Gesellschaftern einer GmbH â∏ im Bereich der allein der Komplementärâ∏∏GmbH obliegenden gewöhnlichen Geschäftsführung grundsätzlich kein Weisungsrecht zu (vgl BGH Urteil vom 11.2.1980 â∏∏ <u>II ZR 41/79</u> â∏∏ <u>BGHZ 76, 160</u>, 168, juris RdNr 18; Binz/Sorg, Die GmbH & Co KG, 12. Aufl 2018, § 4 RdNr 2; Borges in Heymann, HGB, 3. Aufl 2020, § 164 RdNr 3 ff; Breitfeld in Reichert, GmbH & Co KG, 7. Aufl 2015, § 16 RdNr 15; einschrĤnkend Schmidt in Scholz, GmbHG, 12. Aufl 2018, Anh § 45 RdNr 17; ders, JZ 2008, 425, 432). Der auf seiner Kommanditeinlage beruhende gesellschaftsrechtliche Einfluss eines Kommanditisten ist grundsÄxtzlich auf die GmbH & Co KG beschrĤnkt. Zwar war der Beigeladene mit einer Beteiligung von 1/3 am Stammkapital auch Gesellschafter der V GmbH. BeschlA¼sse deren Gesellschafter waren aber mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu fassen (Nr 8.5 Satz 1 GVâ∏∏V GmbH). Ungeachtet dessen sah Nr 6.2 GVâ∏∏V GmbH ausdrücklich vor, dass den Gesellschaftern für die GeschĤftsfļhrung der H GmbH & Co KG kein Weisungsrecht zustehe, sondern ausschlie̸lich die Bestimmungen des GVâ∏∏KG maÃ∏gebend seien.

18

b) Eine die abhĤngige BeschĤftigung ausschlieÄ□ende Rechtsmacht des Beigeladenen in der klagenden GmbH ergab sich indes im Sinne einer umfassenden SperrminoritĤt aus dem Einwilligungserfordernis der Gesellschafterversammlung der H GmbH & Co KG bei der Stimmabgabe in Beteiligungsgesellschaften.

19

Ist der GeschĤftsfļhrer einer GmbH nicht selbst deren Gesellschafter, aber an einer anderen Gesellschaft beteiligt, die ihrerseits Gesellschafterin (Muttergesellschaft) der GmbH ist, kann ihm aufgrund dieser Beteiligung die eine abhängige Beschäftigung ausschlieÃ⊓ende Rechtsmacht zukommen, ma̸geblichen Einfluss auf die Beschlüsse der GmbHâ∏∏Gesellschafterversammlung zu nehmen. Das ist ua der Fall, wenn die Muttergesellschaft mindestens 50 vH der Anteile an der GmbH (Tochtergesellschaft) hÃxlt und dem an der Muttergesellschaft beteiligten GeschÃxftsführer durch deren Gesellschaftsvertrag â∏ zumindest im Sinne einer umfassenden Sperrminorität â∏∏ die Möglichkeit eingeräumt ist, Beschlüsse der Gesellschafterversammlung der GmbH unmittelbar zu beeinflussen und damit zugleich ihm nicht genehme Weisungen zu verhindern (Ĥhnlich bereits BSG Urteil vom 20.3.1984 â∏∏ 7 RAr 70/82 â∏∏ SozR 4100 § 168 Nr 16 S 37, juris RdNr 25; vgl auch Fabritius/Markgraf, NZS 2016, 808, 811; Lau, NZS 2019, 452; Legde, SGb 2017, 25, 30; Zieglmeier in Kasseler Komm, § 7 SGB IV RdNr 163, Stand: Mai 2020).

Eine derartige beherrschende Einflussnahme auf das Abstimmungsverhalten in der Gesellschafterversammlung der klagenden Tochterâ∏GmbH war dem Beigeladenen möglich. Nr 6.4 Satz 1 und 2 Buchst (c) GVâ∏KG legte für die Stimmabgabe in Beteiligungsgesellschaften die vorhergehende Einwilligung der Gesellschafterversammlung fest. Die geschĤftsführende V GmbH durfte danach das Stimmrecht für die H GmbH & Co KG in der Gesellschafterversammlung der KlĤgerin nur mit Zustimmung der Kommanditisten ausļben. Ein solcher Beschluss ýber die Stimmabgabe in Beteiligungsgesellschaften war nach Nr 9.6 Satz 3 Buchst (j) GVâ∏KG einstimmig zu fassen. Der mit einem Kommanditanteil von 1/3 an der H GmbH & Co KG beteiligte Beigeladene konnte damit zwar keine BeschlA¼sse A¼ber deren Abstimmungsverhalten in der Gesellschafterversammlung der KlĤgerin herbeifļhren. Er verfļgte aufgrund der bezeichneten gesellschaftsvertraglichen Regelungen und seiner Kommanditanteile aber über eine umfassende (â∏echteâ∏ oder â∏qualifizierteâ∏) Sperrminorität in Bezug auf das Stimmverhalten der H GmbH & Co KG als Alleingesellschafterin der KlÄgerin. Durch das Erfordernis der Einstimmigkeit war es dem Beigeladenen mA¶glich, BeschlA¼sse der Gesellschafterversammlung der KlĤgerin zu verhindern und sich damit gegen ihm nicht genehme Weisungen in seiner TÄxtigkeit als deren GeschÄxftsfļhrer im Bedarfsfall jederzeit zu wehren. Unerheblich ist, dass sich diese SperrminoritÄxt nicht umfassend auf die gesamte UnternehmenstÄxtigkeit der H GmbH & Co KG erstreckte. Maà gebend sind allein die Rechtsmachtverhà zltnisse zwischen dem Beigeladenen und der KlĤgerin.

21

3. Der Beigeladene war an der Ausübung der Sperrminorität nicht durch ein Stimmverbot gehindert. Stimmverbote zur Verhinderung von â∏Insichgeschäftenâ∏ oder dem â∏Richten in eigener Sacheâ∏ enthäIt <u>§ 47</u> Abs 4 GmbHG, der zwar mA¶glicherweise auf die Beschlussfassung in einer GmbH & Co KG analog anwendbar ist (Altmeppen in Roth/Altmeppen, GmbHG, 9. Aufl 2019, § 47 RdNr 155; Liebscher in Reichert, GmbH & Co KG, 7. Aufl 2015, § 17 RdNr 180; Schmidt in Scholz, GmbHG, 12. Aufl 2018, § 47 RdNr 184). Die Vorschrift erfasst jedoch lediglich die hier nicht einschlägigen Tatbestäunde der Entlastung eines Gesellschafters und seiner Befreiung von einer Verbindlichkeit (Satz 1) sowie die â∏∏ hier allein in Betracht kommende â∏∏ Vornahme eines Rechtsgeschäfts und die Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreits gegenļber einem Gesellschafter (Satz 2). Weisungen der Gesellschafterversammlung an einen Gesellschafterâ∏Geschäftsführer sind â∏ sofern sie nicht ein Rechtsgeschäft mit ihm zum Inhalt haben â∏∏ jedoch lediglich interne Willensbildung und keine RechtsgeschĤfte mit dem Gesellschafterâ∏GeschĤftsführer (Altmeppen in Roth/Altmeppen, GmbHG, 9. Aufl 2019, § 47 RdNr 97 ff, 101).

22

Auch die ordentliche Abberufung eines Geschäftsführers sowie die Ã∏nderung

oder AuflĶsung des Dienstvertrags mit dem GeschĤftsführer fallen nicht unter <u>§ 47 Abs 4 GmbHG</u>. Denn wie die Bestellung von Organmitgliedern ist auch deren Abberufung ein innergesellschaftsrechtliches, dh typischerweise zur Mitgliedschaft gehĶrendes RechtsgeschĤft, das zur Unterscheidung von sonstigen RechtsgeschĤften auch als â∏körperschaftlicher Sozialaktâ∏ bezeichnet wird mwN; vgl auch Altmeppen in Roth/Altmeppen, GmbHG, 9. Aufl 2019, § 38 RdNr 21, § 47 RdNr 101). Bei solchen, die inneren Angelegenheiten der Gesellschaft betreffenden Beschlļssen ist dem Gesellschafter die Mitwirkung nicht schon zu versagen, wenn die beschlossene MaÄnahme zugleich auf seinen persĶnlichen Rechtskreis einwirkt. Den Mitverwaltungsrechten der Gesellschafter gebührt bei mitgliedschaftlichen RechtsgeschĤften grundsĤtzlich Vorrang, Einer Kollision der vermĶgensrelevanten Interessen eines einzelnen Gesellschafters mit denen der Gesamtheit der Gesellschafter kann im Falle eines Stimmrechtsmissbrauchs durch eine Beschlussanfechtung begegnet werden. Zudem findet der Vorrang des Partizipationsinteresses dann seine Grenze, wenn sich ein Gesellschafter im Zusammenhang mit der Billigung oder Missbilligung seines Verhaltens gerade als â∏Richter in eigener Sacheâ∏ an dem Gesellschafterbeschluss beteiligen wÃ⅓rde. Deshalb unterliegt ein Gesellschafterâ∏Geschäftsführer (lediglich) bei der Abstimmung ýber einen Beschluss betreffend seine Abberufung aus wichtigem Grund einem Stimmverbot (Altmeppen in Roth/Altmeppen, GmbHG, 9. Aufl 2019, § 47 RdNr 104; Bayer in Lutter/Hommelhoff, GmbHG, 20. Aufl 2020, § 47 RdNr 45, 50; Drescher in MÃ¹/₄Ko GmbHG, 3. Aufl 2019, § 47 RdNr 162, 165; Schmidt in Scholz, GmbHG, 12. Aufl 2018, § 47 RdNr 118). Wegen der engen tatsÄxchlichen Verknüpfung von Organstellung und Anstellungsvertrag gilt dies gleichermaÃ□en für die Kündigung des Geschäftsführervertrags (BGH Urteil vom 31.5.2011 GmbHG, 3. Aufl 2019, § 47 RdNr 165 f).

23

Auch ein solcher Stimmrechtsausschluss aus wichtigem Grund steht einer die abhā¤ngige Beschā¤ftigung ausschlieā□enden umfassenden (â□□echtenâ□□ oder â□□qualifiziertenâ□□) Sperrminoritā¤t nicht entgegen. Denn wenn gegen einen Gesellschafter gesellschaftsrechtlich bedeutsame Maā□nahmen ergriffen werden sollen, ist der Betroffene selbst zur Vermeidung eines â□□Richtens in eigener Sacheâ□□ grundsā¤tzlich vom Stimmrecht ausgeschlossen (BGH Urteil vom 21.4.1969 â□□ JI ZR 200/67 â□□ juris RdNr 25; Bayer in Lutter/Hommelhoff, GmbHG, 20. Aufl 2020, § 47 RdNr 45). Dies betrifft auch Mehrheitsgesellschafter-Geschā¤ftsfā¼hrer (vgl Altmeppen, NJW 2016, 2833 ff, auch zu den Rechtsfolgen), denen jedenfalls die fã¼r ihre Selbststā¤ndigkeit hinreichende Weisungsfreiheit dennoch erhalten bleibt. Eine hiervon abweichende Bewertung ist auch bezã¼glich einer (ansonsten) umfassenden Sperrminoritã¤t nicht gerechtfertigt.

24

4. Die GeschĤftsführertätigkeit des Beigeladenen unterlag auch darüber hinaus keinen, eine abhängige Beschäftigung begründenden

BeschrĤnkungen.

25

Zwar hatten die drei GeschĤftsführer die GeschĤftsführung in verschiedene Ressorts aufgeteilt und bei einer wirksamen Ressortaufteilung ist die Verantwortlichkeit des einzelnen Geschäftsführers auf eine entsprechende Ã□berwachung der anderen Geschäftsführer reduziert. Die unentziehbare und unverzichtbare Verantwortung jedes einzelnen Geschäftsführers für die Führung der Geschäfte im Ganzen bleibt gleichwohl unberührt (Kleindiek in Lutter/Hommelhoff, GmbHG, 20. Aufl 2020, § 37 RdNr 29).

26

Auch die in Nr 5.3 GVâ\\GambH geregelte ausdr\(\tilde{A}\)\deltackliche vorhergehende Einwilligung der Gesellschafterversammlung f\(\tilde{A}\)\deltar \(\tilde{A}\)\delta ber den gew\(\tilde{A}\)\nhathen Betrieb der Kl\(\tilde{A}\)\magerin hinausgehende Gesch\(\tilde{A}\)\mathem fte der Gesch\(\tilde{A}\)\mathem ftsf\(\tilde{A}\)\delta hrer schlie\(\tilde{A}\)\delta ndigkeit des Beigeladenen nicht aus. Trotz dieser gesellschaftsvertraglichen Beschr\(\tilde{A}\)\mathem nkungen unter Aufz\(\tilde{A}\)\mathem hlung beispielhaft aufgef\(\tilde{A}\)\delta hrter Gesch\(\tilde{A}\)\mathem fte verblieb dem Beigeladenen ein weisungsfreier und nicht zustimmungspflichtiger Aufgabenbereich.

27

5. Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 197a Abs 1 Satz 1 Teilsatz 3 SGG</u> iVm <u>§ 154 Abs 1</u>, <u>§ 162 Abs 3 VwGO</u>.

28

6. Die Streitwertfestsetzung beruht auf <u>§ 197a Abs 1 Satz 1 Teilsatz 1 SGG</u> iVm <u>§ 63 Abs 2 Satz 1</u>, <u>§ 52 Abs 2</u>, <u>§ 47 Abs 1 GKG</u>; insoweit war der Auffangstreitwert festzusetzen.

Erstellt am: 29.01.2021

Zuletzt verändert am: 21.12.2024